

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 39 (1960)
Heft: 6

Artikel: Wie die Schweiz gleichgeschaltet werden sollte
Autor: Brügel, J.W.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337197>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wie die Schweiz gleichgeschaltet werden sollte

Man muß sich nicht lange um den Beweis bemühen, welche im wahrsten Sinne des Wortes tödliche Gefahr der Schweiz vor zwanzig Jahren drohte, als die Armeen Hitlers sich in scheinbarer Unwiderstehlichkeit über die Länder Westeuropas ergossen. Daß Hitler daran gedacht hätte, zwischen seinem Herrschaftsbereich und dem faschistischen Italien eine demokratische Oase am Leben zu erhalten, wird kaum jemand glauben. Aber wie haben die konkreten Pläne zur Gleichschaltung der Schweiz, zu ihrer Einbeziehung ins Großdeutsche Reich, gelaute? In dem noch unveröffentlichten Aktenmaterial, das Hitlers Diplomatie der Nachwelt unfreiwillig hinterlassen hat, finden sich darüber die verschiedensten Hinweise. Eine militärische Überumpelung scheint man nicht für notwendig gehalten zu haben, wie aus der folgenden Aufzeichnung des Staatssekretärs Ernst von Weizsäcker im Auswärtigen Amt hervorgeht:

Berlin, den 24. Mai 1940

Reichsminister Funk hat mich vor einigen Tagen darauf aufmerksam gemacht, daß bei einer eventuellen Einbeziehung der Schweiz in den Krieg der Sitz der BIZ (Bank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel) beziehungsweise die BIZ wenigstens selbst besonders geschützt und geschont werden sollten. Der Organismus der BIZ sei zu wertvoll, als daß man ihn zerschlagen dürfe.

Ich habe Herrn Funk gesagt, daß die Schweiz meines Wissens zurzeit nicht auf dem Programm der in den Krieg einzubeziehenden Länder stehe.

Weizsäcker

Man beachte den abgrundtiefen Zynismus, mit dem sich Weizsäcker hier ausdrückte, der gleiche Weizsäcker, der sich nachher soviel darauf zugute tat, wie er Hitlers Angriffspläne insgeheim bekämpft habe! Nach außen log man, daß einem der Überfall auf dieses oder jenes Land aufgezwungen worden sei, aber für den inneren Bedarf sprach man ganz offen von einem «Programm der in den Krieg einzubeziehenden Länder». Es gab jedoch damals nicht nur deutsche Versuche, eine freiwillige Unterwerfung der Schweiz durch Hinweis auf die Unbesiegbarkeit der deutschen Waffen zu erzielen, es gab auch von schweizerischer Seite Fühler, die feststellen sollten, wie hoch der Preis einer «freiwilligen» Anpassung war. Wie schon einigemal vorher und auch später noch war alt Bundesrat *Schultheß* der Mittelsmann zwischen Bundesrat und Drittem Reich. Die Unterredung zwischen Schultheß und dem Gesandten Köcher fand am 1. Juni 1940 statt, als Frank-

reich verzweifelte Anstrengungen machte, sich der deutschen Eindringlinge zu erwehren. Noch am gleichen Tage berichtete Köcher darüber in einem von Dr. Kordt ausgearbeiteten Brief nach Berlin – der Geschäftsträger Dr. Theo *Kordt* gab sich nach dem Kriege als Vorkämpfer antihitlerischer Bestrebungen aus, mußte sich aber sagen lassen, daß er, der angebliche Englandfreund, in den Jahren seiner Tätigkeit in Bern gestohlene britische Dokumente ankaufte, damit die Nazi den britischen Chiffrenschlüssel in die Hand bekommen. Der von Köcher gezeichnete Bericht lautet (Hervorhebungen vom Verfasser dieser Betrachtungen. J. W. B.):

«Alt Bundesrat Schultheß bat mich um eine Unterredung, die heute stattfand und die folgende interessante Anhaltspunkte über die kommende Neugestaltung des schweizerischen Verhältnisses zu Deutschland ergab:

Herr Schultheß begann mit der Feststellung, daß der siegreiche Vormarsch der deutschen Armeen in den letzten Wochen und das Versagen Frankreichs und namentlich Englands auch für die Schweiz eine neue Lage geschaffen habe. Ob die Schweiz wolle oder nicht, sie könne nicht umhin, die *Konsequenzen aus dieser neuen Lage zu ziehen* und zu versuchen, in ein Verhältnis zu Deutschland zu gelangen, das den Gegebenheiten entspreche. Er habe mich um eine Aussprache gebeten, um von mir zu hören, welche Ratschläge ich für die Durchführung einer Neuorientierung geben könne. Ich erwiderte Herrn Schultheß zunächst, daß die Einsicht leider reichlich spät käme. Ich sei seit drei Jahren als Vertreter des Reichs in Bern und hätte nicht aufgehört, die schweizerischen Staatsmänner bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf aufmerksam zu machen, daß die Zeiten der Machtlosigkeit Deutschlands endgültig vorbei seien. Man habe hier trotz allen Zeichen der Zeit an den überkommenen Vorstellungen von 1919 festgehalten und sich in einem gefährlichen Illusionismus gewiegt. Drei Jahre habe ich vor der Gefahr gewarnt, die in der *wirklichkeitsfremden Haltung der schweizerischen Presse* liege. Wenn also die Schweiz zu der späten Erkenntnis gelange, daß sie während zweier Jahrzehnte politisch verkehrt gelegen habe, so müsse sie diese *Änderung ihrer Einstellung auch in der Führung ihrer öffentlichen Meinung deutlich zum Ausdruck gelangen lassen*. Es sei für uns unerträglich, wenn zum Beispiel führende Schweizer Blätter sich der Greuelpropaganda der Westmächte zur Verfügung stellten. Die Gesandtschaft hätte nicht verfehlt, in jedem einzelnen Falle das Politische Departement und den Armeestab auf die ungeheuerlichen Anwürfe aufmerksam zu machen, die überall zu lesen seien. Der Erfolg habe bisher den Bemühungen in keiner Weise entsprochen. Es sei uns auch nicht mit milden Verwarnungen gedient. Die schweizerische Regierung solle endlich einmal energisch durchgreifen und *ein paar Dutzend Zeitungen ihres Verhaltens wegen auf einige Wochen verbieten*, das werde für die politische Urteilsbildung in diesem Lande außer-

ordentlich heilsam sein. Außerdem verlangte ich, daß die «Neue Basler Zeitung» (ein vom Armeestab verbotenes, aus Deutschland finanziertes Nazi-blatt. J. W. B.) wieder zugelassen werde, die als einziges Schweizer Blatt die deutschen Ansichten wirkungsvoll wiedergegeben und auf diese Weise sie der Schweizer Öffentlichkeit nahegebracht habe. Herr Schultheß erwiderte mir, er könne *viele der von mir beanstandeten politischen Fehler nicht leugnen*. Er habe außerdem, wie mir bekannt sei, schon seit Jahrzehnten in der Schweizer Öffentlichkeit seine warnende Stimme erhoben, allerdings nicht mit dem Erfolg, den er selbst erhofft habe. Immerhin sei jetzt die *Neueinstellung auf dem besten Wege*, und Deutschland könne sich ein Anrecht verdienen auf die schweizerische Dankbarkeit, wenn der *Führer die Umstellung mit politischen Mitteln fördern helfe*. Eine unabhängige Schweiz, die den neuen politischen Gegebenheiten Rechnung trage, sei auch für Deutschland und Italien in Zukunft von großem Wert. Herr Schultheß erwähnte dann noch, daß nach seiner Auffassung eine große Neuorientierung der schweizerischen Wirtschaftspolitik erforderlich sei, für die er sich mit allen Mitteln einsetzen wolle. Am Schluß betonte Herr Schultheß, daß er dem Bundespräsidenten von dem Inhalt unserer Unterredung Kenntnis geben werde. Herr *Pilet-Golaz* hat sich also offenbar der *Vermittlung des Herrn Schultheß bedient*, von dessen guten Beziehungen zu mir er wußte. *Köcher.»*

Köchers Annahme, daß Schultheß in Wirklichkeit vom Bundespräsidenten Pilet-Golaz vorgeschickt worden war, wurde weitgehend bestätigt durch einen Vermerk, den Köcher am 3. Juni zu Papier brachte:

Schultheß rief mich heute an und teilte mir mit, daß meine Wünsche an den zuständigen Stellen auf günstigen Boden gefallen seien. Er hoffe, mir bei einer Besprechung noch Näheres mitteilen zu können.

Aber wie es sich Schultheß vorstellte, daß Hitler zuschauen werde, wie sich die «Systempolitiker» in der Schweiz, die aus Wahlen hervorgegangenen Repräsentanten reaktionärer Parteien, nun als Freunde des Dritten Reiches und Gleichschalter der Schweiz gebärden, so durfte es auch wieder nicht kommen. Schließlich hatte ja Hitler in den «Erneuerern» weit verlässlichere, weil von ihm finanziell abhängige Trabanten. Für Fragen der Schweiz bestand in Stuttgart eine Tarnorganisation unter dem harmlos klingenden, aber in der Wahl seines Titels kaum mißzuverstehenden Namen «*Alemannischer Arbeitskreis*». Dieser hat am 18. Juni 1940 seine «Vorschläge zur Lösung der Schweizer Frage» ausgearbeitet und sie dem Propagandaministerium geschickt, das sie wieder dem Auswärtigen Amt zuleitete. Dadurch haben sie sich erhalten. Sie werden unseres Wissens im folgenden zum erstenmal veröffentlicht. (Die Sperrungen und Hervorhebungen sind durchweg aus dem

Original übernommen.) Hören wir, was Hitlers Experten damals mit der Schweiz vorhatten:

Pol II 2762 (Aktenzahl des Auswärtigen Amtes)

Alemannischer Arbeitskreis
Stuttgart-S, Eberhardstraße 61
(Tagblatt-Turm)

Stuttgart, den 18. Juni 1940
Ca/Mg

Betr.: Vorschläge zur Lösung der Schweizer Frage

Anl.: 1

In der Anlage wird ein Bericht über den genannten Gegenstand überreicht. Es wird gebeten, davon Kenntnis zu nehmen, daß die Lösung dieses Problems *dringend* geworden ist. Es ist unter allen Umständen notwendig, daß sich die maßgeblichen Berliner Kreise darüber im klaren sind, daß die Schweiz in der bisherigen Form nicht weiter existieren kann, sondern daß *sofort* Maßnahmen getroffen werden müssen, die Schweiz in den natürlichen Zusammenhang des Gesamtdeutschtums einzubeziehen.

Unterschrift

An das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda

Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda
2018/18. 6. 40/1480-6. 4.

Berlin, den 1. Juli 1940

Dem Auswärtigen Amt in Berlin mit einer Anlage zur Kenntnis übersandt
I. A., gez. v. Weysenhoff

Alemannischer Arbeitskreis
Stuttgart-S

19. Juni 1940

«*Vorschläge zur Lösung der Schweizer Frage*»

Die Niederlage der Westmächte hat für die Schweiz eine vollständig neue Lage gebracht und stellt das Reich auch hinsichtlich der Propaganda vor

neue und weitere Aufgaben. Die Liquidierung der französischen Armee hat der Schweiz nunmehr die Gewißheit gegeben, daß ein Durchmarsch deutscher oder italienischer Truppen nicht mehr erfolgt, und das herrschende System ist versucht, zu glauben, sich in veränderter Form irgendwie halten zu können. Damit ist ein gewisses Angstgefühl, das vorherrschte, gewichen, und man sucht krampfhaft nach einem Ausweg, um sich der neuen Lage auf «schweizerische» Art anzupassen. Das kam bereits bei der Eröffnung der letzten Tagung des Parlaments zum Ausdruck, wo der Präsident des Ständerates erklärte, «die Schweiz wolle ihre demokratischen Rechte und Einrichtungen nicht verlieren; immerhin lasse sich ihre Anpassung an die Forderungen der Zeit nicht verweigern». Vor allem sind es wirtschaftliche Momente, welche vor den Augen einsichtiger Kreise eine Zwangslage entstehen lassen, aus der es nur einen einzigen Ausweg gibt, nämlich die vollständige Umstellung der bisherigen Außen- und Innenpolitik als Voraussetzung für eine Annäherung an das Deutsche Reich.

Aus dieser Lage sind seitens der Schweiz bereits Konsequenzen gezogen worden, und zwar in folgender Hinsicht:

a) *Anpassungsbemühungen des Systems*

Das heutige schweizerische System versucht, mit dem Reich in irgend-einer Form ins Gespräch zu kommen. Bezeichnend für diese Tendenz ist der Schritt des früheren Bundesrates Schultheß, der *ausgesprochener Vertreter der Hochfinanz, betonter Gegner des Nationalsozialismus und überdies Freimaurer ist*, bei der Deutschen Gesandtschaft in Bern. Er gab sich dort anscheinend als Vertreter derjenigen Regierungs- und Wirtschaftskreise aus, die eine Annäherung an das Deutsche Reich wünschen, und erklärte, er wolle Brücken schlagen.

Rein stimmungsmäßig ist festzustellen, daß eine wachsende Englandfeindlichkeit zu bemerken ist, während gleichzeitig die offene Deutschenhetze, äußerlich wenigstens, abnimmt. Für Frankreich hegt man lediglich sentimentale Gefühle.

Am bezeichnendsten ist, daß heute schon in amtlichen Berner Kreisen ganz offen von der Notwendigkeit einer Zoll- und Wirtschaftsunion mit dem Deutschen Reich gesprochen wird.

Daß hierfür zunächst hauptsächlich materielle Gründe maßgebend sind, ist vorläufig nicht so bedeutungsvoll wie die Tatsache, daß sich das Bemühen bemerkbar macht, eine radikale Umstellung der bisherigen Haltung vorzunehmen.

b) *Die Haltung der Erneuerungsbewegung zur neugeschaffenen Lage*

Die Erneuerungsbewegung nimmt den Standpunkt ein, daß die Bemühungen des Systems, einen Ausgleich mit dem Reich zu schaffen, lediglich

taktisch bedingt und mit einer inneren Umstellung nicht verwechselt werden dürfen. Sie ist der Auffassung, daß im gegenwärtigen Augenblick das Reich diese Bemühungen zur Kenntnis nehmen soll, im übrigen aber folgende Haltung dazu einnehmen muß:

Das heute noch in der Schweiz herrschende System hat es zugelassen und teilweise gefördert, daß von den daran interessierten Mächten und Kräften die größtenteils deutschblütige Bevölkerung der Schweiz in eine dem Reich feindliche Haltung hineingedrängt und damit den größten politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gefahren ausgesetzt wurde. Das Reich kann nicht weiter dulden, daß ein derartiges System an der Herrschaft bleibt, sondern es muß bestrebt sein, diejenigen Kräfte in der Schweiz zu unterstützen, die sich dieser Systempolitik entgegengestellt haben, von der schweizerischen Regierung jedoch an die Wand gedrückt wurden. Es muß heute, nachdem es als Sieger und beherrschende Macht in Europa dasteht, der Schweiz gegenüber als der fordernde Teil auftreten.

Die notwendige Haltung des Reiches

Da dieser Standpunkt als grundsätzlich richtig angesehen werden muß, ergeben sich für die zukünftige Politik des Deutschen Reiches gegenüber der Schweiz folgende Forderungen:

a) Die gesamte Außen- und Innenpolitik der Schweiz muß auf eine Grundlage gestellt werden, die den Interessen des Reiches und des gesamten deutschen Volkes entspricht. Es ist deshalb auf einen baldigen Personenwechsel hinzuwirken. In erster Linie muß darauf gedrückt werden, daß einige Mitglieder des Bundesrates durch Anhänger der Erneuerungsbewegung ersetzt werden.

b) Dem noch herrschenden System ist zu verstehen zu geben, daß eine weitere Verfolgung der deutschbewußten Elemente nicht mehr geduldet wird. Es ist zu fordern, daß alle Verurteilten und in Haft befindlichen Mitglieder der Erneuerungsbewegung auf freien Fuß gesetzt, laufende Untersuchungen eingestellt und alle Gemaßregelten rehabilitiert werden.

c) Der Erneuerungsbewegung das verfassungs- und gesetzmäßige Recht parteimäßiger Arbeit, die Meinungs- und Pressefreiheit sofort zugebilligt werden. *Die Sammlung aller Erneuerungsbewegungen muß im Rahmen einer nationalsozialistischen Arbeiterpartei erfolgen.*

d) Unter allen Umständen ist zu vermeiden, daß eine einzelne Person der Erneuerungsbewegung sich als schweizerischer Führer aufstellt, da das Reich gerade an einem neuen Zwingli in der Schweiz nicht interessiert sein kann. Die nationalsozialistische Partei in der Schweiz hat sich als zunächst mindestens ideeller Bestandteil der nationalsozialistischen Bewegung Deutschlands zu fühlen.

Die von seiten der Erneuerungsbewegung bereits eingeleiteten Aktionen

1. Die Vertreter der Erneuerungsbewegung sind in den letzten Tagen bereits in mehreren Fällen an Bundesregierung und Bundesanwaltschaft herangetreten mit der Forderung nach Freilassung der in Haft befindlichen Mitglieder, insbesondere des Obmannes des Bundes treuer Eidgenossen, Alfred Zander, die Einstellung weiterer Verfolgungen, die Aufhebung von Zeitungsverboten, insgesamt also die Beseitigung des verfassungswidrigen Zustandes gegenüber der Erneuerungsbewegung. Das Verfahren wird so gehandhabt, daß die Öffentlichkeit davon erfährt und damit ohne weiteres die Diskussion über die nationalsozialistische Erneuerung in der Schweiz wieder in Gang kommt.

Gleichzeitig erhebt die Erneuerungsbewegung heute schon die propagandistische Forderung nach Beteiligung an der Regierung.

2. Da die Auslandschweizer bisher durch die Neue Helvetische Gesellschaft, die völlig freimaurerisch durchsetzt ist, betreut und durch diese in Feindschaft gegen Nationalsozialismus und Faschismus hineingetrieben wurden, wurde ein Gründungskomitee von Auslandschweizern im Reich gebildet, das sich die Aufgabe gestellt hat, sofort zu einer Neuorganisation der Schweizer im Ausland im Namen eines «Bundes der Schweizer im Ausland» zu schreiten. Die Vorbereitungsarbeiten sind bereits abgeschlossen.

Die Unterstützung der schweizerischen Umgestaltung durch die deutsche Propaganda

1. *Politische Propaganda.* Presse und Rundfunk des Reiches berichten über schweizerische Vorgänge unter besonderer Berücksichtigung der Erneuerungsbewegung.

2. *Wirtschaftliche Propaganda.* Presse und Rundfunk des Reiches sowie zu diesem Zweck speziell zu verfassende Broschüren und Spezialarbeiten legen die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Zusammengehens zwischen der Schweiz und dem großdeutschen Wirtschaftsraum dar.

3. *Destruktive Propaganda.* Presse und Rundfunk des Reiches prangern schweizerische Personen an, die vom gesund empfindenden Teil des Schweizervolkes als Volksschädlinge empfunden werden. Vor allem gehört hierzu die dauernde Betonung der Tatsache, daß das Schweizervolk in den letzten Jahren und gerade während der Kriegsmonate fortgesetzt von seiner Presse wie auch von amtlichen Stellen in allen Formen über die tatsächlichen Verhältnisse und Entwicklungsmöglichkeiten in Europa belogen wurde. Besonders ist der Schweiz zu zeigen, wie ungeeignet sie als Vorbild für die Neugestaltung Europas ist, da es sich hierbei um eine Idee handelt, die gerade in letzter Zeit in der Schweiz ziemlich stark in den Vordergrund getreten ist.

4. *Kulturpropaganda.* Der Schweiz werden durch entsprechende Veröffentlichungen, Rundfunk, Hörspiele usw. die teilweise in Vergessenheit geratenen Tatsachen neu vor Augen geführt, daß ihre wertbeständigen Kulturschöpfungen im Grunde deutsch sind.

Die Lösung der Schweizer Frage wird von hier als sehr dringend angesehen. Die natürlichen Voraussetzungen für ein Durchschlagen der jetzt in Gang kommenden Aktionen der Erneuerungsbewegung sind in der Schweiz gegeben. Die Schweiz muß, wenn sie nicht in einen Zustand des Vegetierens geraten will und damit ein im Grunde deutsches Volk dem Großdeutschtum verlorengelassen soll, in ihre natürliche Entwicklungsbahn, das heißt die des Großdeutschen Reiches, zurückgebracht werden. Der Zeitpunkt der Entscheidung für die schweizerische Frage ist gekommen.»

Das war nicht etwa eine Fleißaufgabe übereifriger Privatleute, die ihre gute nationalsozialistische Gesinnung beweisen wollten. Es waren Vorschläge der vom Hitlerregime zur Verfolgung der Probleme der Schweiz eingesetzten Körperschaft. Sie waren natürlich für Hitler, Goebbels und Ribbentrop nicht bindend, die deswegen immer noch einen anderen Weg einschlagen konnten, um die Schweiz auf die Knie zu zwingen. Aber sie spiegeln – zum Beispiel in dem Verlangen, es dürfe keinen schweizerischen Führer und keine eigenständige Nazi-Partei in der Schweiz geben – deutlich wider, wie man sich in den entscheidenden Kreisen damals die Entwicklung und die Schritte vorgestellt hat, die sie vorwärtstreiben sollten. Die Vorstellung, man hätte sich ihr durch Anpassung – echt oder vorgetäuscht – entziehen können, war damals schon absurd. Dem rückschauenden Betrachter ist es noch viel klarer, daß auch in der ausweglos scheinenden Situation von 1940 nicht knieweiches Verhalten, sondern Festigkeit am Platze war.

ERWIN HOFER

Europa im Umbruch

1. Die feindlichen Brüder

Im westeuropäischen Lager herrscht Uneinigkeit. Die Staatengruppe der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hat den in der Europäischen Freihandels-Assoziation (EFTA oder EFA) zusammengeschlossenen Ländern mit dem von Prof. Hallstein konzipierten Beschleunigungsplan den Fehdehandschuh hingeworfen. Auf den Kern der Sache reduziert, geht es bei diesen gegenseitigen Mißverständnissen, politisch-diplomatisch gesehen, vor allem um einen Gegensatz zwischen den führenden Mächten innerhalb der zwei